

Schäht. Ich halte es allerdings für eine ernste Pflicht der Polizei, bei allen Streiks für den freien Verkehr nach der Arbeitsstätte zu sorgen und alle Arbeitswilligen in Schutz zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen habe ich auf die Anfrage des Interpellanten folgendes zu erklären: Es entspricht dem Wesen des Rechtsstaats, daß die Regierung in den wirtschaftlichen Kämpfen der Staatsangehörigen eine neutrale Haltung einnimmt und nur das für Sorge trägt, daß die unvermeidlichen Kämpfe sich in den Bahnen von Gesetz und Recht bewegen. Der Grundgedanke der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung ist die Sicherung des Koalitionsrechts nach beiden Richtungen. Die Regierung steht auf dem Boden der durch die Reichsgewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit und erblickt in dieser das unentbehrliche Mittel im gewerblichen Lebenskampf. Die Regierung wird fortgesetzt darauf bedacht sein, daß die Grundgedanken der Gewerbeordnung nicht verletzt werden, nach denen Gewerbetreibende und gewerbliche Arbeiter zu Verabredungen und Vereinigungen zwecks Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen berechtigt sind. Die Betätigung der Koalitionsfreiheit ist aber freizuhalten von allen Mitteln, die unverträglich sind mit der allgemeinen Rechtsordnung und den diese beherrschenden wirtschaftlichen und sittlichen Anschauungen. Die Ueberschreitung dieser Grenze erzeugt Mißbräuche, deren Zurückweisung eine wichtige Aufgabe der staatlichen Gesetzgebung ist. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Absicht der erwähnten Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht allenthalben erreicht wird. Der wirtschaftliche Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hat vielfach zu Ausschreitungen geführt, die darauf hinweisen, daß die vom Gesetze für solche Kämpfe geschaffenen Verordnungen nicht genügen. Es entstehen daraus Gefahren für die Industrie, die Arbeiterschaft und für den Frieden der Erwerbsstände. (Sehr wahr!) Wenn auch auf diesem von der Reichsgesetzgebung ergriffenen Gebiet ein selbstständiges Vorgehen der sächsischen Regierung ausgeschlossen ist, so ist sie doch bereit, beim Bundesrat für eine entsprechende Ergänzung und Aenderung der einschlägigen Reichsgesetze einzutreten. (Behaftetes Bravo rechts, und in der Mitte,ärm links und erregte Zwischenrufe, wie Skandal!) Es wird zu prüfen sein, ob dies durch eine Sondergesetzgebung oder auf dem Boden des gemeinen Rechts durch Abänderung der Gewerbeordnung und des betreffenden Gesetzes zu erreichen ist. Das Ministerium des Innern hat sich darüber mit den anderen Ministerien ins Einvernehmen gesetzt und die Regierung ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß auch die einschlägigen strafrechtlichen Bestimmungen, besonders die, die das Vorgehen gegen die Willensfreiheit betreffen, der Abänderung bedürfen. Die Regierung wird dafür besorgt sein, durch Instruierung der sächsischen Vertreter im Bundesrat auf die Dringlichkeit der Lösung dieser Frage hinzuwirken. Hierbei wird, soweit die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung in Frage kommen, an dem Grundsatz der vollen Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der freien Entschliebung, Arbeit zu geben und zu nehmen, festzuhalten sein. Dem Koalitionszwange und anderen Ausschreitungen der Arbeiter wird ebenso entgegenzutreten sein, wie jenen mit unerlaubten Mitteln unternommenen Verjahren, das den Arbeitern gewährleistete Koalitionsrecht zu unterbinden. (Beifall.)

Präsident Dr. Vogel erteilte dem unbekanntem Ueberhaber des Zwischenrufs „Skandal“ einen Ordnungsruf. Auf Antrag des Abg. Gettn er (natl.) erfolgte die Besprechung des Antrags und der Interpellationen.

Abg. Krause (Soz.) erklärte, aus den Worten von Dr. Böhm und Abg. Meyer gehe hervor, daß die bürgerlichen Parteien nicht beabsichtigen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu achten. Die heutigen Gesetzesbestimmungen seien schon viel zu weitreichend.

Abg. Wiener (Vereinspartei): Die Frage des verstärkten Schutzes der Arbeitswilligen und der Bekämpfung der Ausschüß des Koalitionsrechts ist eine so ernste auch für den Mittelstand, daß sie von allen Seiten der gründlichsten Erörterung bedarf. Die wirtschaftlichen Kämpfe, die leider durch das Eingreifen der Sozialdemokratie stets so verbitternd wirken, gehen weit über das hinaus, was man als berechtigte Bestrebungen gelten lassen darf. Neben jähre darauf eine große Zahl von Fällen an, in denen der ärgste Terrorismus und Boykott gegen Chemnitz Handwerksmeister ausgeübt worden und fragte: „Halten Sie derartige Fälle für den Einfluß Ihrer ethischen Bestrebungen, von denen Sie hier vor einigen Tagen geredet haben?“ Wir haben die Löhne um 50 bis 100 Prozent erhöht, und wenn es sich nur um Lohnfragen handelte, könnte man ja in vielen Fällen weit eher zum Frieden kommen, aber die Art, wie heute die Gewerkschaften ihre Forderungen betreiben, ist so, daß der Meister dem Ruin entgegengeht, ganz gleich, ob er bewilligt oder nicht. Durch den sozialdemokratischen Terrorismus sind eine ganze Anzahl von kleinen Meistern in den Großstädten gezwungen, den Organisationen der Gewerkschaften anzugehören und ihre Gesellen ebenfalls anzumelden. Der Terrorismus kennt bald keine Grenzen mehr. Ich warne Sie, den Zeitpunkt, wo die Verhältnisse geändert werden können, so weit hinauszuschieben bis es zu spät ist. Der Kultusminister hat uns vor einigen Tagen zu Gemüte geführt, daß wir unsere Söhne dem Handwerk zuführen sollen. Die Handwerker würden das auch sehr gern tun, wenn nicht eben durch den sozialdemokratischen Terrorismus das Gewerbe auf das ernste in Frage gestellt würde. Die heutige Erklärung des Ministers hat einen freudigen Widerhall bei uns geweckt. Wir hoffen, daß es nicht bei Besprechungen bleibt, sondern daß die Taten folgen. Schließlich beantrage ich noch, den Antrag Dr. Böhm der Gesetzgebungsdeputation zu überweisen.

Abg. Brodauf (Fortschr. Pp.): Zunächst muß ich unsere sächsischen Richter gegen den Vorwurf in Schutz

nehmen, daß sie einseitig die Arbeitgeberinteressen berücksichtigen; sie urteilen durchaus objektiv. Was die zur Beratung stehende Angelegenheit betrifft, so können sich die sächsischen Arbeiter im allgemeinen nicht über die Beschränkung der ihnen gegebenen Rechte beklagen, vielmehr wird von den Arbeitern von den ihnen gegebenen Rechten oft ein Gebrauch gemacht, der den gesetzlichen Absichten nicht entspricht. Die persönliche Freiheit muß geschützt werden vor Angriffen. Aber der Schutz der Arbeitswilligen darf nicht von gewissen Scharfmacherkreisen dazu benutzt werden, das ihnen nicht passende Koalitionsrecht zu beschneiden. Wenn wir der Ueberweisung des Antrags Dr. Böhm an die Deputation zustimmen, so wollen wir damit keineswegs uns mit den vom Antragsteller angegebenen Grundsätzen einverstanden erklären. In der Regierungserklärung befragen wir vor allem, daß mit allem Nachdruck betont worden ist, man wolle die Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitern wahren und sich auf die Grundlage der bestehenden Koalitionsfreiheit für beide Teile stellen.

Abg. Dr. Böhm (natl.): Uns kommt es darauf an, die Freiheit des Koalitionsrechts aufrecht zu erhalten; wir streben keinen scharfmacherischen Tendenzen nach. Wenn Dr. Meyer bemerkt hat, der Arbeitgeber stelle nicht mehr ohne Zustimmung der Gewerkschaften Arbeiter ein, und über die Güte der Arbeiten entscheide nicht der Unternehmer, sondern der Ausschuß der Arbeiter, so hat er nur sagen wollen, daß die Arbeiterorganisationen sich in die intimsten Vorgänge des Betriebes hineinzudringen versuchen. Wir wollen die Koalitionsfreiheit auf beiden Seiten gewahrt wissen. Der von Dr. Böhm empfohlene Tarifvertrag eignet sich nicht für alle Industrien. Der Abg. Heide hat versucht, unsere Industrieverbände mit der vorliegenden Frage zu verquiden. Vor allem verhalten wir uns dagegen, daß aus den Bestrebungen einiger Verbände auf Erhöhung des Schutzes der Arbeitswilligen den Nationalliberalen der Vorwurf gemacht wird, das Reichstagswahlrecht ändern zu wollen. Die Uebergriffe bei den Streiks haben zugenommen, das zeigt die Statistik. Der Verband sächsischer Industrieller hat niemals Bestrebungen geäußert, das Koalitionsrecht einzuschränken. Wegen der Ausschüß hilft nur ein allgemeiner Ausbau der Koalitionsfreiheit. Der § 153 schlägt nicht jede Koalitionsfreiheit, er schützt vor allem nicht die Entschliebung einer Organisation nicht beizutreten, und nach dieser Richtung müssen wir unsere Arbeiter schützen. Wir lehnen selbstverständlich jedes Ausnahmegesetz ab. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Sindermann (Soz.) bemerkte, es handle sich bei der ganzen Angelegenheit um einen organisierten Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Wenn man den Arbeitern das Koalitionsrecht aus der Hand nehmen, dann würden Katastrophen von unabsehbarer Bedeutung entstehen.

Zuvor genehmigte die Kammer einstimmig die Kap. 25 und 26 des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1912/13, betr. die Verzinsung der Staats- und Finanzhauptkassenschulden sowie die Tilgung der Staatsschulden.

Weiter stand auf der Tagesordnung die Schlußberatung des vom Abg. Brodauf (Fortschr. Pp.) als Berichterstatter begründeten Antrags der Gesetzgebungsdeputation zum Königl. Dekret Nr. 13: „dem Staatsvertrag zwischen Sachsen, Neuh Altene Plint und Neuh jüngere Plint über den Anschluß der Fürstentümer Neuh Altene Plint und Neuh jüngere Plint an das sächsische Oberverwaltungsgebiet“ die Zustimmung wird der Maßgabe zu erteilen, daß die in Artikel 9 Absatz 1 bestimmte Vertragsdauer von 20 auf 15 Jahre herabgesetzt wird.“

Debatte los und einstimmig erhob die Kammer diesen Antrag zum Beschluß und schritt sodann zur Schlußberatung der mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kap. 36, 69, 46 und 58a des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1912/13. Die Berichte erstatteten die Abgg. Reimling und Birth. Die Anträge der Deputation gingen dahin: bei Kap. 36, Überwachungskammer, nach der Vorlage die Ausgaben mit 235 011 M zu bewilligen, bei Kap. 69, Statistisches Landesamt, nach der Vorlage a) die Einnahmen mit 27 310 M zu genehmigen, b) die Ausgaben mit 284 188 M, darunter 14 300 M künftig wegfällig, zu bewilligen, c) die Vorbehalte zu Titel 5, 7 und 11 zu genehmigen; bei Kap. 46, Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung, nach der Vorlage die Ausgaben mit 10 000 M zu bewilligen und bei Kap. 58a, Landesgrenze, die Ausgaben mit 28 500 M, darunter 18 500 M künftig wegfällig, nach der Vorlage zu bewilligen.

In der Debatte sprachen zu Kap. 69 die Abgg. Kackel (konf.) und Merkel (lib.) und zu Kap. 46 die Abgg. Klein hempel (nl.), Schang (konf.) und Wittig (konf.). Die Kammer nahm die Anträge der Deputation einstimmig an.

Oertliche Angelegenheiten.

— Audienz bei Sr. Majestät dem König unter den Herren, denen Sr. Majestät der König am Sonntag in Dresden Audienz erteilt, befanden sich außer den bereits gestern genannten die Herren Oberforstmeister von massy-Gidenstoc, Forstmeister Krumbiegel-Wocau und Spindler-Carlseid sowie Amtsrichter Dr. Landgraf-Schwarzberg.

Schneeberg, 12. Dezember. Die hiesige Volksbibliothek, welche zur Zeit in einem Zimmer des Hospitals untergebracht ist, hat sich lebhafter Benutzung zu erfreuen. Im laufenden Jahre wurden 3452 Bände ausgeteilt. Der Bücherbestand besizt sich auf 1092 Bände in Abt. A (Unterhaltungsliteratur), 72 Bände in Abt. B (Geographie), 20 Bände in Abt. C (Geschichte), 34 Bände in Abt. D (Naturkunde), 33 Bände in Abt. E (Volkswirtschaft) und 78 Bände in Abt. F (Zeitungen),

insgesamt also auf 1529 Bände. Alljährlich wird eine größere Anzahl neuer Werke angekauft, so daß der Umfang der Bibliothek stetig wächst. Die Ausgabe der Bücher erfolgt Sonntags von 1/2 11—1/2 1 Uhr durch 2 Rat-beamte. Eine fleißige Benutzung dieser Einrichtung ist sehr zu empfehlen.

Schneeberg, 12. Dezember. Einige Stunden wahrer Erhebung aus dem Alltagsgetriebe bereitete der Däververein am Sonntag einem leider nur kleinen Hörerkreise mit dem Rezitationsabend des Hrn. Jähner und Chemnitz. Die Vortrag: der Vortragskunst Jähners, der in Schneeberg kein Fremder ist, sind an dieser Stelle wiederholt gewürdigt worden. Sie bewährten sich auch diesmal, nicht minder die geschickte Zusammenstellung des Programms. Dieses war auf Weihnachtsgedichten wie man sie häufig an Vortragsabenden um diese Jahreszeit vernimmt, sondern brachte mit wenigen Ausnahmen Dichtungen, deren Inhalt Geist und Gemüt in gleichem Maße anregt, deren Kern nicht nur für flüchtige Minuten der Unterhaltung berechnet ist. Den tiefsten Eindruck machte wieder die herrliche Skizze „Wie einer das Weinen gelernt hat“ von Gabel, die Lebens- und Leidensgeschichte eines armen Straßenjungen, der von der Stiefmutter geprügelt, von den Nachbarn umhergestoßen, anderen Kindern wegen seiner Untugenden als abschreckendes Beispiel vorgeführt wird und der für alle Schläge und Scheltworte, für alle Demütigung und Verachtung nur ein freches, herausforderndes Lachen hat, bis er am Weihnachtsabend zum ersten Male in seinem Leben warme, beglückende Menschenliebe kennen lernt, die ihm die ersten Tränen entlockt. Diese prächtige Erzählung war in der Uebersetzung durch Hrn. Jähner von tief erschütternder Wirkung. Ihr am nächsten kam „Der Winde“ von Frida Schanz, ein Meisterwerk intimer Seelenmalerei und das packende Charakterbild „Rauhreifschmelze“ von Thorn. Auch reizende humoristische Kindergeschichten brachte der Abend, der mit Felix Dahms „Die Wette von Marienburg“ würdig eingeleitet wurde. Der beliebte Rezitator erntete herzlichen, ehelich verdienten Beifall. Wie gesagt: schade nur, daß sich an diesem nicht nur für einen engen Kreis berechneten literarischen Genuß nicht mehr Teilnehmer ereignen.

Neustädtel, 11. Dezember. Die gestern abend im Stadtkeller vom hiesigen Turnverein veranstaltete Theateraufführung war sehr gut, auch von auswärts, besucht. Die Aufführung des heimatländisch-baterländischen Festspiels „Der Störenfried“ von Schuldirektor Hlbig-Dauter war sorgfältig vorbereitet und wurde in vorzüglicher Weise gegeben. Den Prolog sprach Hr. P. Zimmermann und schon das erste Bild „Beim Erntefesttage“ verlegte die Besucher in gehobene Stimmung, die bis zum Schluß der Vorstellung anhielt und sich von Bild zu Bild steigerte. Alle Mitwirkenden erfüllten ihre nicht leichten Aufgaben in anerkennendwerter Weise. Besonders trugen zum vollen Gelingen die von Hrn. Turmwart Zimmermann mit großem Geschick und vielem Fleiß eingeübten Tänze und Weigen, die geschmackvollen Kostüme, die von Hrn. R. Wornemann geleiteten vorzüglichen Gesänge und die treffliche Regie der Herren Bostelner Seifert und Raffenswart Böhm bei. Vanganhaltender Beifall lohnte Darstellerinnen und Darsteller für ihre prächtigen Leistungen.

Weißenbach, 12. Dezember. Der hiesige Sparverein, bei welchem von ungefähr 40 Sparern 1284,65 Mk. eingezahlt wurden, beginnt mit dem 16. d. M. mit seinen Rückzahlungen bei den bekannten Sparstellen. Der Verein ladet auch für das neue Jahr zu recht zahlreicher Beteiligung ein. Das neue Sparjahr beginnt bereits mit dem 1. Dezember. Der Preis der Sparbücher ist auf 15 Pf. ermäßigt worden.

Hartenstein, 11. Dezember. Gestern früh wurde im Hartensteiner herrschaftlichen Wald, unweit der „Dirren Henne“, in der Nähe von Alexanderstein der etwa 50 Jahre alte Weber und Handarbeiter Weigel aus Böhmitz erschlagen aufgefunden. Nach ärztlichem Gutachten wurde Selbstmord festgestellt.

Grünhain, 12. Dezember. Die bei der hiesigen Sparkasse jetzt zur Rückzahlung gelangten diesjährigen Sparanlagen des Bürger- und des Militärsparevereins, hier, sowie des Sparvereins Pfeifenklub in Waischitz, hatten die verhältnismäßig beträchtliche Summe von reichlich 16 000, 10 000 und 2 700, zusammen rund 30 000 M erreicht.

Grünhain, 11. Dezember. Der hiesige Königl. Sächs. Militärverein hat seit Jahren für seine Mitglieder einen Sparverein eingerichtet, der von Jahr zu Jahr sich einer stetig steigenden Mitgliederzahl erfreut. Am Sonntag konnten an 118 Kameraden 10 608,15 M ausbezahlt werden, das sind 150 M mehr als im Vorjahre. Hrn. Betriebsleiter Emil Arnold, der sich der Mühe des Kassierens in selbstloser Weise unterzieht, gebührt herzlichster Dank.

Bockau, 12. Dezember. Der gestrige 2. Vortragsabend des Evangelischen Arbeitervereins in der Reicherterschen Restauration war so stark besucht, daß sämtliche Räume dicht besetzt waren. Die besten Kräfte stellten ihre Kunst in den Dienst der guten Sache. Neben dem schon von den früheren Veranstaltungen bekannten liebesfreundigen Gesangverein „Liederkränz“, der auch diesmal wieder mit deutschem Männerchor das Fest eröffnete, die anderen Darbietungen umrahmte und die Veranstaltung schloß, trug besonders Frau Dr. Pflg, deren wohlklingende Stimme im Vortrag heiterer, zum Teil auch mundartlicher Lieder bestes zur Geltung kam, ein gut Teil zum Gelingen des Festes bei, am Klavier begleitet von Frau Kaufmann Hennig. Mit ihr teilte sich in den Erfolg des Abends Hr. Dr. Reitz, der in scharf umrissenen Zügen und in formvollendeter Weise ein Lebensbild Bismarcks zeichnete. Nach kurzer Betrachtung der Jugend und Erziehung Otto v. Bismarcks schloß diese er in freier, lebendiger Rede erst noch den florent Studentent den „tollen Junker“, um dann ganz besonders Bismarcks politische Tätigkeit zu würdigen im Dienste der Krone Preußens. Sei dem 15. Mai 1847, da er im